



Zeitschrift für Diskursforschung

Journal for Discourse Studies

Herausgegeben von Reiner Keller | Werner Schneider | Willy Viehöver

■ **Jens Soentgen**

Das »argumentum ad ignorantiam« als Schlüssel zu den Risikodiskursen über Grüne Gentechnik und Mobilfunk

■ **Florian Elliker**

Nationale Identität und Staatsbürgerschaft.
Diskursive Identifikationen am Beispiel der schweizerischen Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen«

■ **Jules Duchastel / Danielle Laberge**

Beyond the quantitative and qualitative cleavage:
Confluence of research operations in discourse analysis

■ **Constanze Spieß**

Sprachstrukturelle Ebenen, linguistische Methoden und Perspektiven der Diskurslinguistik

Inhaltsverzeichnis

Willy Viehöver / Reiner Keller / Werner Schneider
Editorial 114

Themenbeiträge

Jens Soentgen
Das »argumentum ad ignorantiam« als Schlüssel zu den
Risikodiskursen über Grüne Gentechnik und Mobilfunk 117

Florian Elliker
Nationale Identität und Staatsbürgerschaft.
Diskursive Identifikationen am Beispiel der schweizerischen
Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen« 142

Jules Duchastel / Danielle Laberge
Beyond the quantitative and qualitative cleavage:
Confluence of research operations in discourse analysis 166

Constanze Spieß
Sprachstrukturelle Ebenen, linguistische Methoden und
Perspektiven der Diskurslinguistik 184

Rezension

Sebastian Friedrich
Matthias Kaufmann: Kein Recht auf Faulheit.
Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen. 204

Bericht zur internationalen Tagung

Janine Luth
»Risikodiskurse, Diskursrisiken: Europäische Perspektiven
auf den sprachlichen Umgang mit Technikrisiken«
vom 9. bis 11. September 2013 in Heidelberg 209

Reiner Keller, Rolf Parr
Publikationsreihen zur Diskursforschung im Überblick (Teil 1) 215

Obituary/Nachruf, Univ.-Prof. Dr. Herbert Gottweis 221

Rezension

Matthias Kaufmann (2013):
Kein Recht auf Faulheit.
Das Bild von Erwerbslosen in der
Debatte um die Hartz-Reformen.
Wiesbaden: VS.

Die gerade erschienene Dissertation vom Matthias Kaufmann befasst sich mit den arbeitsmarktpolitischen Debatten und dem medialen Bild über Erwerbslose während der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder (1998–2002) und damit mit dem Zeitraum unmittelbar vor der Umsetzung der so genannten Hartz-Gesetze.

Kaufmann geht es dabei in erster Linie um die SPD selbst. So erhofft er sich durch seine Studie Klarheit darüber, ob sich diskriminierende Tendenzen gegenüber Erwerbslosen »in der SPD jener Jahre tatsächlich feststellen lassen« (S. 18). Für seine Untersuchung hat er 4.600 Zeitungsartikel aus der BILD, dem Spiegel, der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie der Frankfurter Rundschau gesichtet, von denen er etwa 1.700 eingehend untersuchte (S. 19).

Ausgehend von seinem Erkenntnisinteresse formuliert er die These, dass diskriminierende Tendenzen in Bezug auf das Bild von Erwerbslosen »mit einem veränderten Solidaritätsverständnis in der SPD in Zusammenhang stehen könnten« (ebd.). Dabei würden »Vorstellungen der gemeinschaftlichen Absicherung und gegenseitigen Verantwortung potenziell Betroffener füreinander ersetzt durch marktartige Mechanismen« (S. 19 f.), wohingegen vernachlässigt bleibe, »dass Schutzrechte für Arbeitslose auch die Position der Arbeitnehmer in ihren Arbeitsbeziehungen stärken« (S. 20). Darüber hinaus möchte Kaufmann aufzeigen, welche debattenstrategischen Auffälligkeiten diese Entwicklung beförderten, wofür er annimmt, dass diese Auffälligkeiten »im Wesentlichen dazu dienen, die ohnehin beabsichtigten Policies als alternativlos darzustellen« (ebd.).

Eine Lücke im Forschungsstand findet dieses Vorhaben, da der Untersuchungszeitraum im Gegensatz zu Debatten ab 2002 bisher kaum Gegenstand von Untersuchungen war. Kaufmann

macht allerdings auch eine Lücke hinsichtlich der Analyse der Diskriminierung von Erwerbslosen aus, die Literatur sei »leicht überschaubar« (S. 21). Zahlreiche Studien, die in den letzten Jahren zu dem Thema erschienen sind, bleiben unberücksichtigt. Keine Erwähnung finden etwa die Arbeiten von Stephan Lessenich (2008) und es überrascht außerdem, dass ebenfalls Arbeiten unerwähnt bleiben, die sich explizit mit der diskursiven Konstruktion einer ›faulen Unterschicht‹ befassen, wie etwa der Einführungsband zu Klassismus von Andreas Kemper und Heike Weinbach (2009), die Studie »Faul, Frech, Dreist« von Christian Baron und Britta Steinwachs (2012) oder die vielen Arbeiten zur diskursiven Konstruktion der ›Neuen Unterschicht‹, etwa von Fabian Kessl (2005) oder Karl August Chassé (2010).

Im zweiten Kapitel zu den theoretischen, methodologischen und methodischen Grundlagen der Studie verdeutlicht Kaufmann zunächst »die Relevanz der untersuchten Kommunikation für politische Prozesse« (S. 23). Er geht von Begriffen der Mediengesellschaft und der Mediendemokratie aus, die die Rolle der Medien für demokratische Prozesse betonen. Damit folgt er dem in der Publizistikwissenschaft dominierenden Interdependenzparadigma, das die wechselseitige Abhängigkeit von politischem und medialem Betrieb akzentuiert. Methodologisch fasst er seine Arbeit als Debattenanalyse, die er im Kontext diskurs- und inhaltsanalytischer Verfahren verortet (S. 22). Sich allein auf die Diskursanalyse zu beziehen, erscheint Kaufmann zweifelhaft, da bei den untersuchten Mediendebatten nicht von Diskursen im engeren Sinn gesprochen werden könne. Oft würde sich bei Debatten in der Medienöffentlichkeit wenig inhaltlich auf konkurrierende Argumentationen bezogen, was ein »Schlüsselmerkmal von Diskursivität« (S. 48) sei. Hier wird deutlich, dass eher der Habermassche Diskursbegriff als der Foucaultsche als Rahmen dient, auch wenn er seinen Diskursbegriff zwischen Foucault und Habermas verortet. Dieser Widerspruch ergibt sich unter anderem daraus, dass Kaufmann ein verengtes Verständnis des Foucaultschen Diskursbegriffs hat, wenn er an-

gibt, dass in seiner Arbeit im Gegensatz zu Foucault »Wissen nicht historisch analysiert [wird], denn dafür ist der Untersuchungszeitraum, der sich aus dem Erkenntnisinteresse ergibt, zu kurz« (S. 56). Dabei bieten viele Ansätze in der Tradition der Foucaultschen Diskursanalyse durchaus Perspektiven, die über eine diachrone bzw. historische Diskursanalyse hinausgehen.

Den methodologischen Ausführungen anschließend, begründet Kaufman die Auswahl der Medienbeiträge und formuliert seine forschungsleitenden Fragen: Es geht ihm um das Bild der Erwerbslosen, die Attribute, mit denen sie versehen werden, das dahinter stehende Menschenbild und um die verwendeten Argumentationstechniken (S. 65 f.). Außerdem fragt er, ob sich die Zuschreibungen als Diskriminierung werten lassen, wobei er es dabei belässt, Diskriminierung als »pauschale, gruppenbezogene Herabwürdigung« (S. 65) zu fassen. Hier wäre eine Abgrenzung zu anderen Diskriminierungsbegriffen – etwa zur »symbolischen Diskriminierung« (Rommelspacher), »symbolischen Gewalt« (Bourdieu) oder »sprachlichen Diskriminierung« – sinnvoll gewesen, um Klarheit darüber zu erhalten, wie der Zusammenhang zwischen einer alltäglichen und einer institutionellen oder strukturellen Diskriminierung zu fassen ist. Eine Frage, die in der Studie insgesamt unterbelichtet bleibt.

Im dritten Kapitel steckt Kaufmann die Fokuse seiner Untersuchung ab, die sich auf die Begriffe Sozialstaat, Arbeit und SPD bringen lassen. Kenntnisreich skizziert er die Entwicklung der SPD seit dem Berliner Grundsatzprogramm von 1989, in dem – aus heutiger Sicht bemerkenswert – Arbeitslosigkeit gefasst wird als »kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern [als] ein gesellschaftlich verursachtes und damit politisch zu lösendes Problem« (S. 99). Detailliert werden davon ausgehend die Veränderungen der sozialdemokratischen Agenda vor dem Hintergrund sozialer Umbrüche, wirtschaftlicher Entwicklungen, Veränderungen des Zeitgeistes und von Globalisierungsprozessen beleuchtet, die, ähnlich wie »New Labour« in Großbritannien, eine Ausrichtung der SPD als »Neue Mitte« beförderten.

Das zentrale Kapitel der vorliegenden Studie stellt das vierte Kapitel dar, in dem die empirischen Ergebnisse der Untersuchung der öffentlichen Debatten zur Arbeitsmarktpolitik zwischen

1998 und 2002 vorgestellt werden. Anhand eines Zeitstrahls (S. 122), der die ausgemachten Debattenstränge veranschaulicht, wird bereits deutlich, dass der Strang »Faule Arbeitslose« in der alltäglichen Debatte »sich wie der Strang »Fördern und Fordern und ähnliche Gegenleistungskonstruktionen« durch den gesamten Untersuchungszeitraum zieht. Auf den folgenden etwa 170 Seiten zeigt er die jeweiligen Impulse auf (sofern vorhanden), die den entsprechend Debattenstrang auslösten, gibt sodann einen Überblick über den zeitlichen Verlauf des Stranges, widmet sich den Schwerpunkten sowie den Auslassungen und fasst schließlich jeden einzelnen Strang kurz zusammen.

Eine Schlüsselrolle kommt dem Debattenstrang im Zusammenhang mit der bekannten »Kein-Recht-auf-Faulheit«-Aussage des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder im April 2001 zu, die auch der vorliegenden Studie ihren Titel gab. In einem Bild-Interview sagte Gerhard Schröder:

»Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft! Das bedeutet konkret: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden. Das ist richtig so. Ich glaube allerdings, dass die Arbeitsämter die entsprechenden Möglichkeiten noch konsequenter nutzen können.« (Bild, 6.4.01: »Es gibt kein Recht auf Faulheit«, S. 123)

Die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Interview dominierten die arbeitsmarktpolitische Diskussion in den folgenden Wochen und führten letztlich zur Ankündigung des damaligen Arbeitsministers Walter Riester, die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammenzulegen. In der Analyse des Debattenstranges fokussiert Kaufmann die Äußerungen Schröders und kommt zu dem Schluss, dass beim damaligen Kanzler zwar keine direkten Textbelege für einen Generalverdacht gegen Erwerbslose zu finden seien, allerdings könnten die Passagen entsprechend gedeutet werden, da Schröder andere Antworten auf Arbeitsmarktprobleme nicht liefere, womit er Spielräume in Richtung eines Pauschalverdachts öffne (S. 142).

Die Präsentation der einzelnen Stränge entlang der Abschnitte Impuls, Überblick, Schwerpunkte und Auslassung hat den Vorteil, dass dadurch die Ergebnisse der Untersuchung sehr übersichtlich und leicht nachvollziehbar sind. Ein Nachteil besteht hingegen darin, dass die analytischen Trennungen strangübergreifende Perspektiven behindern, wogegen Kaufmann bemüht ist, Bezüge zwischen den Strängen herzustellen, was im Kern gelingt. So wird beim Strang »Faule Arbeitslose« in der alltäglichen Debatte« darauf hingewiesen, dass diese Figur sich zwar im gesamten Untersuchungszeitraum finde, aber »ab 2001 deutlich häufiger und mit zunehmender Dichte im Zeitverlauf zum Einsatz kommt« (S. 186). In diesem sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum ziehenden Strang kommt auch einer der stärksten Befunde der Studie ans Licht, wenn Kaufmann zusammenfasst,

»dass Erwerbslose in der alltäglichen Debatte lediglich als amorphe Gruppe auftauchen, deren individuelle Bedürfnisse und deren besondere Probleme mit dieser Rolle und den damit verbundenen Bildern und Klischees nicht von großem Belang erscheinen. Von Interesse ist allenfalls ihre Einstellung zur Arbeit, bei der Eigeninitiative laut Klischeebild keine tragende Rolle spielt.« (S. 201)

Es kommen zwar Stimmen zu Wort, die die Faulheitskonstruktionen kritisieren, allerdings ist der »Begriff vom ›faulen Arbeitslosen‹ in seinen verschiedenen Gestalten und Andeutungsformen so allgegenwärtig, dass er in der Debatte meist keiner Erklärung, Differenzierung oder Rechtfertigung seiner Verwendung seitens der Sprecher bedarf« (ebd.). Kaufmann zeigt ebenfalls auf, dass der Erziehungscharakter der Debatte, der vor allem in Bezug auf die Debatte um ›die Neue Unterschicht‹ ab 2004/2006 häufig kritisch festgestellt wurde, hier bereits vorzufinden ist. Erwerbslose würden konstruiert als zu erziehende Subjekte,

»denen erst bei entsprechendem Lernerfolg [...] wieder bürgerliche Freiheiten in vollem Umfang zugestanden werden. Dazu gehört, dass diese Erziehungsabsichten einseitig auf Erwerbslose ausge-

richtet sind, nicht aber auf andere Akteure am Arbeitsmarkt, die Regelungen missbrauchen oder sonstwie Anteil an der Höhe der Erwerbslosigkeit haben. Die Idee einer bedingungslos und auf Grundlage der Menschenrechte gewährten Grundversorgung, die auch durch angemessene Kontrollen zur Missbrauchsvermeidung unbeschadet bleiben könnte, wird zugunsten eines Arsenal an Bevormundungs- und Entmündigungsmaßnahmen zurückgedrängt.« (S. 202)

Kaufmann betont, dass vor dem Hintergrund journalistischer Standards Erwerbslose kaum als GesprächspartnerInnen auf Augenhöhe direkt zu Wort kommen.

Neben diesen interessanten Befunden ruft die Studie erfreulicherweise teilweise vergessene Diskussionen wieder in Erinnerung, die aus heutiger Sicht in einem anderen Licht erscheinen. So etwa wenn es um harte Maßnahmen im Umgang mit Erwerbslosen geht. Wer erinnert sich heute noch an die Debatte um die ›Wisconsin-Vorschläge‹ des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch? Koch war im Jahr 2001 in Wisconsin, dem Partnerstaat Hessens, zu Gast und brachte von seiner Reise einige Ideen für den deutschen Sozialstaat mit: Um die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen zu vermindern, regte er damals einen härteren Umgang mit LeistungsempfängerInnen an. Zwar wurde Koch damals auch scharf für seine Vorschläge kritisiert, doch letztlich wurden im Verlauf wesentliche Teile von Kochs Vorschlägen in das Hartz-Papier aufgenommen, etwa der geforderte Ausbau von Zeitarbeit, die Erhöhung des Drucks und die Förderung von Selbständigkeit (S. 219). Im Zuge der ›Wisconsin-Vorschläge‹ fand zudem eine bemerkenswerte Umdeutung des Begriffs der Solidarität statt. Solidarität richtete sich nun in erster Linie an Erwerbslose. »Sie müssten sich so solidarisch zeigen und die offenen Stellen, die es gebe, annehmen; der Staat habe die Aufgabe, sie in diese Richtung auch mit mehr Druck zu drängen« (S. 224). Eine wichtige Rolle für die Debatte um ›notwendige‹ Reformen ist eine parallel laufende Spar-Debatte, die direkten Einfluss auf das Erwerbslosen-Bild und die arbeitsmarktpolitische Debatte hat: »Als moralisch in der öffentlichen Debatte diskreditierte gesellschaftliche

Gruppe sind die Erwerbslosen die ersten, die zur Verringerung der öffentlichen Schuldenlast beitragen müssen« (S. 289).

Im fünften Kapitel führt Kaufmann seine Fallstudienresultate mit der im dritten Kapitel skizzierten sozialstaatlichen Ausrichtung der SPD zusammen. Dafür geht er zunächst darauf ein, wie sich die Hartz-Gesetze ausgeprägt haben (S. 292). Überraschenderweise meint Kaufmann an dieser Stelle, die Hartz-Gesetze seien ein vorläufiger Schlusspunkt der Debatten, wobei er diese Behauptung nicht weiter ausführt und entsprechend auch keine Belege dafür anführt. Die ab 2004, spätestens aber ab 2006 virulente mediale Rede von der »Neuen Unterschicht«, die fortan sozialstaatliche Debatten prägte, verortet Kaufmann daher offensichtlich nicht im Kontext der von ihm untersuchten Debatten. Dabei ist das in der Studie ausgemachte Bild des Arbeitslosen als »faul, lethargisch, aber berechnend« (S. 213) ebenfalls zentral für die Unterschichtsdebatte. Erinnerung sei hier etwa an die BILD-Kampagne gegen »Deutschlands frechsten Arbeitslosen« (bild.de, 31.01.2010), in der Arno Dübel als »faul, frech, dreist« erschien, wie Christian Baron und Britta Steinwachs in der gleichnamigen Studie ermitteln konnten (2012).

Die Zusammenführung der Ergebnisse mit der SPD-Ausrichtung gelingt Kaufmann dennoch, auch wenn die Ergebnisse seines primären Erkenntnisinteresses kaum überraschen dürften: Die SPD-Regierung weicht vom Menschenbild ihres Berliner Programms und auch in einigen Punkten vom Sozialstaatskonsens ab (S. 304 f.). Erfreulich an diesem Kapitel ist zweierlei: Zum einen wird die Verantwortung von SPD-PolitikerInnen klar benannt, da weite Teile der Parteispitze fleißig am Bild des faulen Arbeitslosen mit zeichneten. Zum zweiten richtet Kaufmann seinen Blick auch auf den weiteren Kontext der arbeitsmarktpolitischen Reformen in Bezug auf den Zusammenhang von Erwerbslosen und Erwerbstätigen, auch wenn Kaufmann einräumt, hier nur spekulieren zu können: Es sei wahrscheinlich, dass »die Debatten um ›faule Arbeitslose‹ bewusst als rhetorischer Hebel zur Senkung von Lohnsummen in der deutschen Wirtschaft eingesetzt wurden« (S. 303). Abschließend fasst Kaufmann die hier bereits genannten und diskutierten Ergebnisse seiner Studie im letzten Kapitel zusammen.

Aufgrund der erwähnten Kritikpunkte fällt die Gesamtbeurteilung der Studie zwiespältig aus. Dennoch sind die Befunde erhellend, da sie die diskursive Konstruktion von »guten« und »schlechten« Arbeitslosen belegen und aufzeigen, mit welchen diskursiven Strategien am Vorabend der Hartz-Reformen der weitreichende Umbau des Sozialstaats eingeleitet wurde. Die Arbeit liefert zudem Ansätze für diskurstheoretisch fundierte Untersuchungen zu den Entwicklungen des Sozialstaatsdiskurses in Deutschland. Die Ergebnisse der Studie lassen vermuten, dass sich das Sagarbeitsfeld im Sozialstaatsdiskurs gewandelt hat. Während zwischen 1998 und 2002 kaum kritische Stimmen am Aktivisierungsparadigma zu vernehmen waren, ist insbesondere in den letzten Jahren eine leichte Veränderung im Arbeitslosigkeitsdiskurs festzustellen. So häufen sich kritische Berichte über die Praxen und Anordnungen im JobCenter. Eine systematische diskursanalytische Auswertung der Entwicklung des Arbeitslosendiskurses seit dem Regierungswechsel 1998 könnte diese Annahme prüfen und – sofern sie sich bestätigen würde – nach den Möglichkeitsbedingungen fragen, die zu den veränderten diskursiven Formationen geführt haben. Außerdem wäre angesichts jüngster Debatten – wie etwa der »Sarrazinebatte« 2010, der aktuellen Auseinandersetzung um »Armutsmigration« und der virulenten Diskussion einer »Neuen Unterschicht« – von Interesse, welche Arbeitslosengruppen diskursiv hervorgebracht und gegeneinander in Stellung gebracht wurden. Zur Beantwortung dieser Fragen ist im Vergleich zur vorliegenden Studie ein stärker an den Foucaultschen Diskursbegriff anknüpfendes Forschungsprogramm notwendig.

Literatur

- Baron, C./Steinwachs, B. (2012): *Faul, Frech, Dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen*. Münster: Edition Assemblage.
- Chassé, K. A. (2010): *Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte*. Wiesbaden: VS.
- Kemper, A./Weinbach, H. (2009): *Klassismus. Eine Einführung*. Münster: Unrast.

- Kessl, F. (2005): Das wahre Elend? Zur Rede von der ›neuen Unterschicht‹. In: Widersprüche 25(4), S. 29-43.
- Lessenich, S. (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.

Anschrift:

Sebastian Friedrich
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Email: sebastian.friedrich@diss-duisburg.de

Christoph Biester

Leistungsorientierte Vergütung in der Wissenschaft

Eine theoretische und empirische Analyse der neuen Professorenbesoldung



2013, 256 Seiten
broschiert, € 34,95
(44-2909)

Die Einführung von Leistungszulagen in der neuen Professorenbesoldung steht für einen Wandel in der Wissenschaftspolitik, dem

dramatisch wahrgenommene Folgen zugeschrieben werden: Dass die Forschung zu Lasten der Lehre privilegiert, die intrinsische Motivation verdrängt und die Wissenschaft insgesamt abgewertet würde, sind nur drei häufig prognostizierte Folgen der Reform, für die empirische Belege weitgehend fehlen. Die Analyse der Leistungsbezügeverordnungen, Fallstudien zur Einführung der W-Besoldung in Universitäten und eine qualitative Studie der Perspektive der Professorinnen und Professoren zeichnen ein differenziertes und empirisch reichhaltiges Bild der Praxis von Leistungszulagen in der Wissenschaft.

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA